

Tabuisierte Fragen finden
zunehmend
konsensfähige Antworten

Leitkultur – Eine deutsche Diskussion

Norbert Lammert

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

(Grundgesetz Artikel 3)

Eine Begabung haben die Deutschen ganz offensichtlich nicht: mit einer souveränen Gelassenheit auch über anspruchsvolle und sperrige Themen zu streiten. Wenn an der aufgeregten öffentlichen Auseinandersetzung über Leitkultur irgendetwas wirklich deutsch ist, dann der teutonische Eifer, mit der sie geführt wird. Nicht nur die Union tut sich schwer mit diesem Thema, auch die anderen Parteien drücken oder quälen sich mit den hochkomplexen Problemen der Zuwanderung und der Integration. Die damit verbundenen offenen Fragen sind unmittelbarer Anlass der aktuellen Debatte über die Leitkultur, deren Bedeutung aber weit darüber hinaus reicht.

Dabei steht der Streit um den Begriff in einem auffälligen Kontrast zu der inzwischen bemerkenswerten Übereinstimmung in der Sache. Jedenfalls ist das Maß an inhaltlicher Übereinstimmung umso größer geworden, je heftiger der Streit wurde. Daran ändert auch der unvermeidliche Vorschlag nichts, den Begriff Leitkultur zum „Unwort des Jahres“ zu erklären. Bemerkenswert ist allerdings, dass es kaum ausländische Bürger sind, die an diesem Begriff und der damit verbundenen Diskussion Anstoß nehmen,

wohl aber zahllose deutsche Intellektuelle, denen offenkundig die Zweifel am Begriff noch wichtiger sind als der beachtlich breite Konsens, der sich bei Anhängern wie Gegnern dieses Schlagwortes längst eingestellt hat. Für den Chefkolumnisten der Süddeutschen Zeitung, Heribert Prantl, ist der Begriff „Leitkultur so falsch, dass man ihn nicht ... mit richtigen Inhalten füllen kann. Er ist und bleibt falsch, was immer man da hineinfüllt.“ Dagegen erklärt ein der Deutschtümelei oder gar des plumpen Nationalismus so unverdächtig Mann wie der Sozialdemokrat Richard Schröder die Aufregung um den Begriff für völlig unbegründet; schließlich solle damit ja nicht die deutsche Kultur für andere Länder Leitfunktion beanspruchen, sondern für Deutschland und deshalb auch für Einwanderer nach Deutschland. Gelegentlich konnte der Eindruck entstehen, dass es in diesem Land manchmal Mutproben erfordert, Selbstverständliches öffentlich zu vertreten.

Das Beste an dieser Debatte ist, dass es sie überhaupt gibt. Obwohl sie eher zufällig ausgebrochen ist, jedenfalls nicht planvoll angezettelt wurde, ist daraus eine der wichtigsten politischen Debatten seit langem geworden. Lange Zeit tabuisierte Fragen werden inzwischen nicht nur öffentlich diskutiert, sondern zunehmend einvernehmlich beantwortet: Deutsche dürfen wie andere Völker auch selbst entscheiden, ob und welche Einwanderer sie ins Land holen wollen. Auch die Frage, ob die gegenwärtige Asylpraxis im Kontext

eines Einwanderungsgesetzes, dessen Notwendigkeit überhaupt niemand mehr bestreitet, auf den Prüfstand gehört, darf neuerdings gestellt werden, ohne sofort in den Generalverdacht der Ausländerfeindlichkeit zu geraten.

Dass eine Einwanderungs- und Integrationspolitik aber nur erfolgreich sein kann, wenn sie auf breite Zustimmung der Bevölkerung trifft, ist fast eine Binsenweisheit. Voraussetzung für eine solche Zustimmung ist wiederum eine Vereinbarung über Regeln für die Zuwanderung und über Wertmaßstäbe, auf denen sie beruht. Es ist absurd, eine Diskussion über jene Maßstäbe zu tabuisieren, weil davon vermeintlich nur die Rechtsradikalen profitieren. Radikale und politische Extremisten können vielmehr nur in einer Gesellschaft reüssieren, die sich über ihre Werte und deren Verbindlichkeit nicht mehr verständigt.

Kulturelle Differenzen nicht verniedlichen

Inzwischen verlangt auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Frage, „welche Verbindlichkeiten eine moderne Gesellschaft in Zeiten wachsender Unverbindlichkeiten braucht“ und will auf diesem Wege eine Verständigung darüber herbeiführen, „wie und wo wir uns als Lern-Gesellschaft – nicht als Leitkultur – öffnen müssen für andere Kulturen und ihren Reichtum, und wo wir für Veränderungen nicht zugänglich sind“. Und der Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller, weist zwar wie mancher andere die Leitkultur als missverständlichen Begriff zurück, hat aber gleichzeitig keine Probleme damit, ein stärkeres Nationalbewusstsein einzufordern.

Den Begriff Leitkultur kann nur jemand anstößig finden, der kulturelle Differenzen entweder leugnet oder für irrelevant erklärt. Es wäre aber nicht ehrlich,

solche Differenzen zu bestreiten, und nicht sachgerecht, ihre Bedeutung zu verniedlichen. Leitkultur bedeutet, dass nicht alles, was kulturell begründet oder begründbar ist, in gleicher Weise gelten kann: der Anspruch auf Vorrang des Mannes und der Anspruch auf Gleichberechtigung der Frau können ebenso wenig gleichzeitig gelten wie der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit und der Anspruch auf Verstümmelung von Gliedmaßen als staatlich verhängte Strafe. Der Anspruch auf unmittelbare Geltung religiöser Gebote und der Anspruch auf unabdingbare Durchsetzung staatlicher Gesetze schließen sich gegenseitig aus, ebenso wie die jeweils kulturell-historisch begründeten Vorstellungen auf weit gehende Verbindung von Staat und Kirche beziehungsweise umgekehrt der weit gehenden Trennung von Kirche und Staat.

Ob es allerdings eine ganz spezifische „deutsche Leitkultur“ gibt, ist bei nüchterner Betrachtung durchaus zweifelhaft. Dass es eine historisch gewachsene, das gesellschaftliche und politische Leben prägende, insoweit „Leitkultur in Deutschland“ gibt, ist dagegen offensichtlich und notwendig. „Wenn Deutschland multikulturell sein und dennoch seine Identität nicht verlieren soll, braucht es bei allen verschiedenen kulturellen Ausprägungen einen roten Faden, eben eine Leitkultur.“ (Kurt Biedenkopf) Die Integration von Menschen anderer Herkunft, Religion und Kultur kann nur in einem verbindlichen Rahmen von Werten und Regeln gelingen, die nicht zur Disposition stehen.

Immer wieder ist in der Auseinandersetzung der letzten Wochen zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die in Deutschland für jedermann, keineswegs nur für die deutschen Staatsbürger geltenden Werte, Rechte und Pflichten im Grundgesetz formuliert seien: Menschenrechte, freie Entfaltung der Persön-

lichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung der Frau, Freiheit von Wissenschaft, Kunst und Kultur, Toleranz für fremde Überzeugungen, Freiheit religiöser Betätigung. Dennoch greift der offenbar weniger anstößige Begriff des Verfassungspatriotismus im Ergebnis zu kurz. Verfassungen fallen nicht vom Himmel und werden dort auch nicht konserviert, wenn die Zeiten auf Erden turbulent werden. Kultur ist die Voraussetzung einer Verfassung. Letztere setzt in rechtliche Ansprüche und Verpflichtungen um, was historisch-kulturell gewachsen ist. Bestand können Rechte nur haben, wenn ihre kulturelle Grundlage nicht erodiert. Die im Grundgesetz auf dieser Basis gewachsenen Grundrechte sind Bedingungen für freiheitliches und friedliches Zusammenleben.

Das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft, in dem alles nebeneinander und nichts wirklich gilt, ist eine solche Grundlage nicht. Der Theologe und Bürgerrechtler Richard Schröder hat dafür die besonders schöne Formel gefunden, das Nationale, also auch das Deutsche, sei nichts Besonderes, aber etwas Bestimmtes. Der sorgfältige politische Umgang mit unserer eigenen Geschichte und Kultur einschließlich ihrer Krisen und blutigen Irrtümer kann uns von niemandem abgenommen werden. Dabei stehen gewiss nicht Deutsche gegen Ausländer, sondern alle in Deutschland lebenden Menschen unter denselben universalen Ansprüchen.

Verantwortung der Regierung

Es gibt durchaus ernst zu nehmende Hinweise darauf, dass die Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft – wie übrigens anderer Länder auch – in den vergangenen Jahren eher abgenommen hat, dass der Zusammenhalt brüchiger geworden ist. Dafür trägt die rot-grüne Bundesregierung eine besondere

Verantwortung. Sie erhebt hohe Ansprüche und verfolgt zugleich eher kleintätige Lösungen. Einerseits behauptet sie, mithilfe einer so genannten Green Card die Besten für unsere Wirtschaft holen zu wollen, andererseits bietet sie ihnen nur mangelhafte, bürokratische und unattraktive Aufenthaltsbedingungen an, die das Gegenteil einer echten Integration sind.

Einerseits stellt der Bundesinnenminister zur Überraschung der eigenen Koalitionsparteien fest, die Grenze der Belastung durch Zuwanderung sei überschritten, andererseits lockt die Bundesregierung durch weitere Anreize wie der Ausweitung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Pläne für eine generelle, schnelle Arbeitserlaubnis und eine laxer Visa-Politik neue Zuwanderer in unser Land – ganz offensichtlich ohne Berücksichtigung der Kriterien, die zukünftig die Einwanderung nach Deutschland regeln sollen.

Einerseits wehrt sie sich gegen jede Begrenzung oder Steuerung der Zuwanderung, andererseits unternimmt sie keinerlei Anstrengungen, eine effiziente und leistungsfähige Integrationspolitik für die in Deutschland lebenden Ausländer zu entwickeln. Im Gegenteil, sie hat das einzige umfassende Integrationskonzept, das die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon vor Monaten in den deutschen Bundestag eingebracht hat, im Plenum alternativlos niedergestimmt.

So gefährdet die Bundesregierung alles, was erreicht werden müsste, anstatt zu fördern: Akzeptanz der Bevölkerung für die mit der Zuwanderung verbundenen, notwendigen Integrationsanstrengungen, faire Chancen für unsere Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb um hoch qualifizierte Erwerbstätige und die Bereitschaft der hier lebenden Ausländer, sich aktiv zu integrieren.

Ein bloßes Nebeneinander der bereits vorhandenen unregulierten Zuwande-

rung und einer hinzutretenden gezielten und gewollten Zuwanderung kann nicht gelingen. Beides hängt untrennbar zusammen. Ziel einer den Interessen unseres Landes besser dienenden Zuwanderungspolitik kann nicht eine bloße Ausweitung der Zuwanderung sein, sondern ein vernünftiges, ausgewogenes Verhältnis der Aufnahme aus humanitären, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen. Die Interessen unseres Landes müssen dabei selbstverständlich genauso ihre Berücksichtigung finden wie die unbestrittenen humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands. Unser wirtschaftliches Interesse an Zuwanderung darf unsere politische Verpflichtung nicht ersetzen, Verfolgte bei uns aufzunehmen.

Attraktivität der Bundesrepublik

Wie kaum ein anderes Land in der Welt hat die Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten Zuwanderer aufgenommen. Die Zuwanderung nach Deutschland war in der ersten Hälfte der neunziger Jahre höher als diejenige in die Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl die Fläche der USA 23-mal so groß ist wie diejenige der Bundesrepublik und obwohl die Vereinigten Staaten dreimal so viele Einwohner haben. Auch im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina hat die Bundesrepublik Deutschland über 50 Prozent der Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen. Allein die Stadt Hamburg hat damals mehr Flüchtlinge aufgenommen als England und Frankreich zusammen. Im Zuge des Kosovo-Konfliktes hat wiederum die Bundesrepublik Deutschland die Hauptlast getragen, zirka dreißig Prozent der Flüchtlinge haben in der Bundesrepublik Zuflucht gesucht.

Weit mehr als sieben Millionen Ausländer leben gegenwärtig in Deutschland. Fast die Hälfte von ihnen lebt seit mindestens zehn Jahren hier, darunter

fast ein Drittel seit zwanzig Jahren oder länger. Die meisten Ausländer, die hier leben, leben deswegen in Deutschland, weil sie sich hier nicht nur wirtschaftlich besser stehen, sondern auch toleranter behandelt fühlen als in ihren Herkunftsländern. Und ein Großteil von ihnen empfindet gerade das, was sie über wirtschaftliche Verhältnisse und soziale Regelungen hinaus in der Bundesrepublik vorfinden – nicht nur Verpflichtungen, sondern auch Rechtsansprüche, die diese Verfassung garantiert –, als eine große Attraktion des Landes, in dem sie leben. Deswegen muss gerade im Interesse der Aufrechterhaltung dessen, was nahezu allen unverzichtbar und unaufgebar erscheint, die Kultur als Voraussetzung und Grundlage des Zusammenlebens von Deutschen wie Ausländern verstanden und verteidigt werden.

In vielen deutschen Großstädten liegt der Anteil ausländischer Mitbürger bei zwanzig Prozent und mehr der Einwohner, in manchen Stadtteilen noch deutlich höher. Das Ruhrgebiet ist eine Region, die ohne den über Jahrzehnte kontinuierlich stattfindenden Zuwanderungsprozess überhaupt nicht hätte entstehen können, jedenfalls nicht zu der wirtschaftlichen Bedeutung gekommen wäre, die sie seit Jahrzehnten hat.

In dieser Region haben die Menschen vielleicht stärker als anderswo das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Nationalität, zum Teil auch unterschiedlicher Kulturen über Generationen trainiert. Deshalb kann man im Ruhrgebiet zwei Erfahrungen in gleicher Weise sehr gut belegen: zum einen, dass Zuwanderung keineswegs nur eine Belastung, sondern eine erhebliche Bereicherung für Gesellschaften und für Regionen über die Wirtschaft hinaus darstellt; zum anderen, dass unbeschadet dieser Bereicherung sich daraus Probleme, auch Belastungen ergeben. Es hat keinen Sinn, das eine ge-

gen das andere auszuspielen. Schließlich gibt es auch Integrationsgrenzen, die man nicht übersehen darf. Wenn diejenigen, die integriert werden sollen, selbst dazu nicht bereit sind, oder diejenigen, die dort leben, nicht bereit sind, Zuwanderer aufzunehmen, funktioniert trotz aller Appelle ein solcher Prozess nicht. Integration erfordert offensichtlich mehr als den selbstverständlichen Respekt vor den Gesetzen des Landes; sie setzt eine wechselseitige Bereitschaft und Aufgeschlossenheit für Traditionen, Sitten, Gewohnheiten voraus, die als Alltagskultur erlebt und gelebt werden.

Integrationsmittel Sprache

Von besonderer Bedeutung ist das Problem der Sprache: Überall lässt sich die Erfahrung machen, dass es leider immer häufiger zu Gruppenbildungen kommt, bei denen die Homogenität der Herkunftssprache zu einer faktischen Ab-

schottung der Ausländer gegenüber der Gesellschaft führt, in der sie leben. Dies ist objektiv integrationshinderlich. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss die deutsche Sprache erlernen. Die Beherrschung der Landessprache ist die unverzichtbare Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und somit wichtigstes Mittel zur Integration. Die Sprachkompetenz bestimmt wesentlich Erfolg oder Misserfolg in Ausbildung und Beruf und entscheidet damit über die Lebens- und Integrationschancen der hier lebenden Ausländer. Inzwischen ist in der politischen Diskussion unstrittig, was noch vor wenigen Monaten so eindeutig nicht war: dass die Kenntnis der deutschen Sprache im Unterschied zum ursprünglichen Gesetzentwurf der rot-grünen Koalition zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, der auf den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse als gesetzliche Einbürgerungsvoraussetzung

Blick auf das Reichstagsgebäude mit der Glaskuppel von Sir Norman Foster.
Foto: Faßbender



verzichten wollte, Bedingung der Zuwanderung sein muss.

In vielen deutschen Städten und Regionen leben inzwischen Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft, religiöser Überzeugungen, traditioneller Gewohnheiten, kulturell begründeter Verhaltensmuster in der Regel völlig konfliktfrei nebeneinander. Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, dass in Deutschland ein hohes Maß an Offenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem und Fremden zum Bestandteil unserer Kultur gehört. Dadurch hat sich auch unser Kulturverständnis in den letzten Jahren und Jahrzehnten erweitert und die eigene Kultur weiterentwickelt.

Aber genauso wenig lässt sich übersehen, dass es gelegentlich Konflikte gibt zwischen Verhaltensmustern, die jeweils kulturell begründet sind. Probleme gibt es insbesondere, wenn sich aus unterschiedlichen religiösen Überzeugungen unterschiedliche Erwartungen auf gesellschaftliches Verhalten ergeben, die mit dem, was in diesem Land über viele Jahrzehnte, in den Grundlagen über Jahrhunderte gewachsen ist, nicht zur Übereinstimmung zu bringen sind. In solchen Fällen muss klar sein, was in Konfliktsituationen gilt. Darauf legen keineswegs nur die deutschen Staatsangehörigen verständlicherweise großen Wert.

Keine Selbstaufhebung der Toleranz

In letzter Zeit ist in Europa das Bewusstsein darüber wieder gewachsen, dass die Europäische Union nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, sondern auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen beruht: „Im Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und uni-

versellen Werte des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität“, heißt es in der Präambel der Charta der Grundrechte, die von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer in Nizza feierlich verkündet wurde.

Identifikationsfaktoren Europas

Kardinal Ratzinger hat kürzlich in einer großen Rede in Berlin diese Festschreibung von Wert und Würde des Menschen als „eine moralische Option und eine Idee des Rechts“ beschrieben, „die sich keineswegs von selbst verstehen, aber grundlegende Identitätsfaktoren Europas sind, die auch in ihren konkreten Konsequenzen verbürgt werden müssten und freilich nur verteidigt werden können, wenn sich ein entsprechendes moralisches Bewusstsein immer neu bildet“. In diesem Zusammenhang diagnostiziert Ratzinger „einen merkwürdigen und nur als pathologisch zu bezeichnenden Selbsthass des Abendlandes, das sich zwar lobenswerterweise fremden Werten verstehend zu öffnen versucht, aber sich selbst nicht mehr mag“. Toleranz dürfe nicht dahin gehen, ihre Selbstaufhebung zu befördern.

Die Debatte über Leitkultur ist von sehr unterschiedlichen Aspekten geprägt. So wie sie hier zu Lande stattgefunden hat, war sie sehr deutsch: sehr prinzipiell, sehr unversöhnlich, sehr nötig und sehr ertragreich.

Der zeitweise fast hysterische Streit um den Begriff ist ebenso deprimierend wie der breite Konsens in der Sache ermutigend ist. Wir wissen jetzt noch besser als vorher, was wir in diesem Land für allgemeinverbindlich halten und was nicht. Nur auf den dazu passenden Begriff können oder wollen wir uns nicht einigen. Dies ist allemal besser auszuhalten als umgekehrt.